
Vorwort: Annäherung an einen Forschungsprozess

Die Stammzellendebatte ist von einem soziologischen Standpunkt aus beobachtet alles andere als leicht zu erschließen. Man könnte die Stammzellenforschung wie jede andere Technologie betrachten, d. h. als Entwicklungsschritt in einem Modernisierungsprozess, der letztlich durch wirtschaftliche Prozesse selektiert wird und auf diese Weise mehr oder weniger Einfluss auf unsere alltägliche Lebenswelt gewinnt. Staatliche Einflussnahme bedeutet hier, wie man es auch wieder am zurzeit in Deutschland diskutierten Ausstieg aus der Atomenergie sehen kann, das Verbieten von etwas, was ohne staatlichen Eingriff stattfinden würde. Bei der Stammzellenforschung ist es jedoch genau anders herum. Hier geht es um das Erlauben von etwas, was bisher verboten ist. Obwohl eine Technologie, liegt das politische Themenfeld der Stammzellenforschung daher näher am früheren Diskurs zur Abtreibung (§ 218 StGB).

Interessanterweise nimmt dieser scheinbar rein formale Sachverhalt dem Diskurs jedwede kapitalismuskritische Note. Die „Modernisierungsgegner“ sind jetzt auf einer anderen politischen Seite zu finden als etwa bei dem Diskurs zur Atomenergie oder zur Gentechnik. Und diese Seite wird jetzt – da es ja nicht wie beim Schwangerschaftsabbruch um eine altbekannte Technik geht, die moralisch zu verwerfen ist, sondern um eine gänzlich neue Technik, die es moralisch zu bewerten gilt – „technologiefreundlich“. Diese Umpolung der politisch etablierten Richtungen hat viele Kommentatoren verwirrt, zumal jetzt auch Akteure mit Wortmeldungen aufgetreten sind, mit denen man in dieser Form nicht rechnen konnte. Eines musste mir also klar werden: mit diesen klassischen politischen Kategorien und damit auch mit der Lektüre sozialwissenschaftlicher Untersuchungen über andere Technologiedebatten war hier nicht weiter zu kommen.

Hinzu kam der Umstand, dass trotz allen Engagements und trotz aller Medienpräsenz der Diskurs ein reiner Intellektuellendiskurs blieb: ein Diskurs *in*, aber *ohne* die Öffentlichkeit, ein medial inszeniertes und von Anfang an hochkarätig besetztes Schauspiel vor einem intellektuellen Publikum. Da bot es sich an, die

Akteure und damit den Diskurs bei ihrer Intellektualität zu packen, wissenssoziologisch Argumentationsfiguren zu diskriminieren und hernach auf bestimmte Wissensvorräte, etwa im Sinne von verschiedenen Professionen, zu generalisieren. Mit einer solchen Vorgehensweise hatte ich in einem anderen Politikfeld durchaus schon Erfolge erzielt (Stark 1999). Aber schon die ersten Interviews mit hochgradig professionalisierten Akteuren machten deutlich: Weder die Positionen noch die Argumentationsfiguren korrelieren mit professionellen Gemeinschaften oder Netzwerken. Vielmehr wurde – zumindest mir gegenüber – stark persönlich, stellenweise fast intim argumentiert. Meine hermeneutische Herangehensweise, das Führen von narrativen Interviews, hatte mich, so schien es, in die Komplexität des Lebens entlassen. Meine Fragen an die Interviewpartner waren vielleicht zu einfach.

Mit den sehr dürftigen Ergebnissen der ersten Interviews habe ich dann den Diskurs mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft gesucht. Ich habe auf verschiedensten Tagungen Vorträge zum Thema gehalten und meine Ergebnisse vorgestellt, habe umfangreiche Berichte – ungefragt – an Experten geschickt und um Meinung gebeten und mir wurde jedes Mal deutlicher, dass ich den Punkt noch lange nicht gefunden hatte. Das „Vorsingen“ an einer westfälischen Universität nahm ich zum Anlass, mit einer sehr gewagten Psychologisierung aufzutreten, die bei den anwesenden Mitgliedern der Berufungskommission zum Anschwellen der Kämme und bei mir zu dem Gefühl führte, doch besser noch einmal von vorne anzufangen. Mein Vortrag auf einer Tagung der Sektion politische Theorien und Ideengeschichte der DVPW brachte den Durchbruch. Mit meinem Beitrag hatte ich mich vergeblich an einer professionssoziologischen Deutung eines Interviews versucht. Entscheidend war die Wortmeldung von Walter Reese-Schäfer, dem ich an dieser Stelle von ganzem Herzen danken möchte! Er bemerkte lapidar, dies alles erinnere ihn an Kantorowicz. Seine Ausführungen darüber, warum dem so ist, blieben mir intellektuell verschlossen, aber nach der sofortigen Lektüre der „zwei Körper des Königs“ war mir klar, was er meinte. Hier meine Interpretation davon: Ich hatte bisher nach *der* gesellschaftlichen Logik der Argumentation gesucht, nach *einer* latenten Sinnstruktur. Was wäre, wenn in jedem einzelnen Interview immer wenigstens *zwei* präsent wären, die mir nur deshalb verschlossen blieben, weil ich nach der Einheit suchte? Und dabei würde es nicht um Ebenenverschiebungen gehen, etwa nach der Art: eine persönliche und eine gesellschaftliche, oder eine rationale und eine emotionale, sondern um zwei gesellschaftlich konstruierte und in sich rationale Argumentationsfiguren des politischen Akteurs.

Inhaltlich ließen sich diese Argumentationsfiguren nicht voneinander trennen, sehr wohl aber strukturell, d. h. wenn ich mich fragte, welche Funktion eine Se-

quenz innerhalb des Interviews hatte und nach dieser Art jene Sequenzen trennte, die entweder vornehmlich nach außen der Überzeugung oder nach innen der Darstellung der eigenen Position dienten, wurde ich fündig. Dass beides gerade in politischen Diskursen nicht identisch sein muss, dass es sogar häufig logische Brüche aufzuzeigen gibt, die letztlich im Alltagsjargon von mangelnder Authentizität sprechen lassen, war mir schon klar. Dass es aber in diesem Diskurs gar nicht anders gehen kann, als eine solche Differenz zu finden, das war für mich die neue Erkenntnis.

Ich habe diese beiden Logiken dann später „Profession“ und „Religion“ genannt, man könnte sie auch mit „Wissen“ und „Gewissen“ bezeichnen, womit dann aber nicht die *gesellschaftliche* Konstruktion dieser Logiken hervorgehoben werden würde.

Auf dieser deskriptiven Ebene wollte ich jedoch nicht stehen bleiben. Vielmehr drängte sich mir die Frage nach dem Warum? auf. Warum kann man immer wieder religiöse und professionelle Elemente extrahieren? Warum liegen diese sogar quer zur entsprechenden gesellschaftlichen Organisationsform, also quer zur professionellen Vergemeinschaftung etwa in Berufsverbänden, und quer zu religiösen Vergemeinschaftungen in Kirchen? So argumentieren z. B. Bischöfe inhaltlich theologisch, aber funktional rein professionell, während Wissenschaftler inhaltlich rein professionell, aber funktional oft zutiefst religiös argumentieren. Eine simple Umschreibung von Wissenschaft als Ersatzreligion oder Religion als Ersatzprofession wollte mir hier nicht genügen.¹ Um die gesellschaftliche, speziell moderne Konstruktion von individuellem Wissen und Gewissen zu erfassen, habe ich mich deshalb mit der soziologischen Theorie, namentlich mit den Klassikern Weber und Simmel auseinandergesetzt. Simmel und Weber ermöglichen es mir, die Dimensionen der Kontingenz und der Ambivalenz zu unterscheiden. In Bezug auf den Diskurs zur Stammzellenforschung ist damit zum einen das „auch-anders-möglich sein“ jedweder institutionellen Regelung und zum anderen die innere Positionierung des Akteurs gegenüber sich widersprechenden Anforderungen bzw. Deutungsmustern gemeint. Mit dem Simmelschen Ambivalenzbegriff kann klar gemacht werden, dass auch von professionalisierten Akteuren erwartet werden kann, dass sie sich *gegen* die Routine der professionellen Wissensgenerierung stellen. Viel mehr sogar: Eine derartige Gegnerschaft wird erst dem hoch professionalisierten Akteur möglich. Simmel nennt diese Persönlichkeitseigenschaft „vornehm“, Weber spricht der-

¹ Man könnte hier im Luhmannschen Sinne so etwas wie ein strukturelles re-entry beschreiben. Aber diese Beschreibung trifft nicht ganz den von mir beobachteten Zusammenhang. Dies liegt daran, dass eine Differenzierung von Beobachtung erster und zweiter Ordnung nur unter Zuweisung zum *konkreten* Akteur, nicht jedoch unter Bezugnahme auf dessen systemische Rolle möglich war.

artigen Individuen „Charisma“ zu. Aber die gesellschaftstheoretische Positionierung dieser beiden Begriffe war schon immer deshalb strittig, weil die spezifischen, gesellschaftlichen Situationsbedingungen derartiger Persönlichkeitsmerkmale nie geklärt werden konnten. Gerade der Diskurs zur Stammzellenforschung erzwingt aber den Bezug zur politischen Situation.

Um einen wissenssoziologischen Zusammenhang zum politischen Raum, vor allem aber um die Besonderheit der beobachteten Debatte als politische Krise herauszustellen, habe ich mich mit dem soziologischen Funktionalismus befasst. Der Funktionalismus bildet in nach meiner Meinung überzogenem Maße, den Bereich ab, den Oevermann wissenssoziologisch mit dem Begriff der Routine zu erfassen sucht. Der Grund für diese einseitige Fokussierung des institutionellen Bereiches liegt im Bestreben, soziale Ordnung als Folge von Kontingenzreduktionsmechanismen zu beschreiben. Die klassische Dimension der Ambivalenz geht dabei verloren. Anhand des symbolischen Interaktionismus und eines kleinen Vergleichs der Luhmannschen mit der Meadschen Theorie zeige ich die auch gesellschaftstheoretische Notwendigkeit des Ambivalenzbegriffs auf.

Aber warum befasse ich mich mit dem soziologischen Funktionalismus, um dann zum Schluss doch wieder bei einer gänzlich anderen erkenntnistheoretischen Position, der Wissenssoziologie, zu landen? Hierfür gibt es zwei Gründe.

Funktionalistische Gesellschaftstheorien haben aufgrund ihrer Problematisierung gesellschaftlicher Ordnung sehr gut die Beziehung zwischen individueller Kontingenzreduktion und struktureller Komplexitätssteigerung beschrieben. Gleichzeitig fügen sie diese von mir später als Routine beschriebenen Strukturen in einen gesellschaftstheoretischen Zusammenhang der Systemintegration ein: die Routinisierung des Abgleiches differenzierter Routinen. Für eine politische Soziologie ist es von zentraler Bedeutung, ob man durch diese von funktionalistischen Gesellschaftstheorien beschriebenen Prozesse einen politischen Handlungsraum eröffnet sieht, der sich strukturell eigendynamisch, gleichsam vorhersehbar entwickelt, oder ob man in diesem Handlungsraum eine Bruchstelle erblickt, an der gesellschaftliche Entwicklung neue Pfade einschlagen kann. Ich werde in diesem Buch der funktionalistischen Gesellschaftstheorie einen – unterschiedlich nuancierten – Geschichtspositivismus nachweisen und mich für die zweite Position stark machen. Funktionalistische Gesellschaftstheorien haben aufgrund ihrer in der Regel systemtheoretischen Strukturerhaltungsmetapher die andere Seite politischer Prozesse, die individuelle Ambivalenz, nicht in ihre Theoriekonstruktion integriert. Mir wird es wichtig sein, Ambivalenz in ein kongruentes Verhältnis zur Komplexitätssteigerung vor allen Dingen bei hoch professionalisierten Akteuren zu setzen. Uwe Schimank (2002) hat sich sehr intensiv mit diesem Bereich der handlungstheoretischen Ergänzung und/oder Umformulierung funktionalistischer Pro-

blemstellungen befasst, ich versuche diesen Ansatz um eine politische Dimension zu erweitern, indem ich nicht nur die professionalistische, sondern auch die religiöse Seite der persönlichen Ambivalenz des hoch professionellen Akteurs beleuchte.

Aber alles bisher Gesagte ist noch keine hinreichende Begründung dafür, warum man den soziologischen Funktionalismus nicht einfach mit einer kleinen Fußnote abtut, um sofort in eine wissenssoziologische Analyse einzusteigen. Der Grund dafür, warum es gerade auch bei dem hier fokussierten empirischen Thema wichtig ist, sich mit dem Funktionalismus konstruktiv auseinanderzusetzen, liegt darin, dass dieser selbst ein gewichtiger Bestandteil der Sinnstrukturen im Diskurs zur Stammzellenforschung ist. Auch gesellschaftliche Akteure argumentieren in starkem Maße funktionalistisch, selbst der Metadiskurs um die Struktur politischer Institutionen wird zunehmend funktionalistisch geführt. Was auf erkenntnistheoretischer Ebene als eine self fulfilling prophecy einer theoretischen Position erklärt werden kann (Schimank), wird auf der Ebene gesellschaftlicher Praxis zur Ideologie. Ohne die Struktur dieser Ideologie verstanden zu haben, kann man deshalb auch den Diskurs zur Stammzellenforschung in Deutschland nicht verstehen.

Beide hier nur angerissenen Probleme haben mich zu einem eigenen kleinen Theorieentwurf geführt, der sich vor allem an der Oevermannschen Wissenssoziologie und der dortigen Unterscheidung von Krise und Routine orientiert. Durch eine gesellschaftstheoretische Umdeutung des Oevermannschen Krisenbegriffes gelingt es mir schließlich, sowohl die Dimension der Kontingenz als auch die Dimension der Ambivalenz in einen Begriff der politischen Krise zu fassen, der dann letztlich die Grundlage des analytischen Rahmens bildet, mit dem ich im empirischen Teil den Diskurs zur Stammzellenforschung zu verstehen trachte. Meine These ist, dass der Diskurs zur Stammzellenforschung mehrere professionelle Krisen offenbart, die durch eine gesteigerte, ambivalente Position professioneller Akteure konstruiert und durch die argumentative Kraft professionell-logischer Tautologien oder ontologischer Glaubensüberzeugungen individuell gelöst wird. Der Stammzellendiskurs ist das Beispiel für eine Geltungskrise, für die es nur eine lebenspraktische Bearbeitung, aber keine konsensuelle Lösung geben kann. Der politische Diskurs hat in dieser konkreten Situation lediglich die Arbeit zu leisten, den Dissens klar und deutlich darzustellen. Dass dem Staat in diesem Sinne dann vor allem eine organisatorische Aufgabe zukommt, stellt meine zweite These dar, die aus der bis dato wissenssoziologischen Argumentation eine politische Wissenssoziologie der Stammzellendebatte werden lässt. Die damit einhergehende Position setzt sich erheblich von politischen Theorien ab, die in Wissen und professioneller Expertise so etwas wie die Grundlage einer entpolitisierten, aufgeklärten Politik sehen (Schelsky) oder in einer moderneren Fassung einen institutionellen „fit“ staatlicher Regulierung in aufgeklärter Rationalität anstreben (moderner Funktionalismus).

In Themenbereichen, die eine politische Krise konstruieren, verändert sich die Bedeutung von Wissen im Politikzyklus erheblich. Das Primat eines als „richtig“ antizipierten Konsensstrebens (Schelsky) oder einer balancierten und damit als vernünftig geltenden Kompromissorientierung (moderner Funktionalismus) wird durch die Infragestellung der Konsens- und Kompromissgrundlagen selbst abgelöst. Aus einer wissenssoziologischen Sichtweise heraus ist damit die Hoffnung auf eine Repolitisierung der Demokratie wohl begründet, denn erst auf der Grundlage eines organisierten Dissenses können politische Entscheidungen getroffen werden, die weder „richtig“ noch „vernünftig“, vielmehr politisch gewollt sind.

Um den Zusammenhang zwischen Ambivalenz und Kontingenz am Beispiel des Diskurses zur Stammzellenforschung auch empirisch darstellen zu können, habe ich mich bei der Auswahl meiner Interviewpartner auf einen bestimmten Personenkreis einschränken müssen. Da ich mit Oevermann die Überzeugung teile, dass eine gewisse professionelle „Muße“ der Bewältigung einer Geltungskrise nicht nur förderlich ist, sondern vielmehr als Voraussetzung zur Bewältigung angesehen werden kann, habe ich mich für die Mitglieder des Nationalen Ethikrates entschieden. Da es im Stammzellendiskurs darum geht, ob und wie weit die Gesellschaft oder die Politik aus ethischen Gründen in die professionelle Autonomie naturwissenschaftlicher Forschung mit embryonalen Stammzellen eingreifen darf, sind diese Interviews besonders geeignet, den Zusammenhang zwischen professioneller Autonomie, professioneller Ethik als Legitimationsmuster und demokratietheoretisch fragwürdigen Exklusionsmechanismen herzustellen.

Zu Beginn steht jedoch eine kurze Einleitung in das Themenfeld Biopolitik, welche deutlich macht, dass es zwar eine große Anzahl sozialwissenschaftlicher Publikationen zu diesem Thema gibt, diese aber fast ausschließlich selbst Position beziehen bzw. Positionen sozialwissenschaftlich zu begründen trachten. Eine soziologische Auseinandersetzung mit dem Politikfeld als solchem hat bisher noch nicht stattgefunden. Die vorliegende Arbeit möchte diese Forschungslücke zumindest für das Themenfeld Stammzellenforschung schließen. Ebenso einführenden Charakter hat das darauf folgende Kapitel, das sich mit der Frage befasst, welche Rolle Wissen im politischen Entscheidungsfindungsprozess spielt. Die hier eher kritisch zu hinterfragende Bedeutung von Wissen als Motor einer Entpolitisierung von Demokratie und einer Versachlichung von Politik ist Ausgangspunkt für den umfangreichen theoretischen Teil dieser Arbeit. Der hier entwickelte analytische Rahmen wird dann im empirischen Teil auf das Themenfeld bezogen. Das eher demokratietheoretische letzte Kapitel bezieht die Ergebnisse der Analyse zurück auf die Ausgangsfragestellung und versucht sich an einer wissenssoziologischen Deutung von Wissen in Demokratien.

Die hier vorliegende Schrift ist das Ergebnis eines Forschungsprozesses, der vollkommen anders abgelaufen ist, als es eine solche Schrift abzubilden vermag. Deshalb war es mir wichtig, wenigstens einige Stationen zu benennen, ebenso wie es mir wichtig ist, all jenen zu danken, die mir bei der Arbeit geholfen haben. Viele wissen noch nicht einmal davon, dass sie das auf ihrem Gewissen haben. Dank gilt vor allem Christian Lahusen für lange und wichtige Diskussionen, Uwe Schimank und Stefan Kutzner für konstruktive Kritik und Richard Münch für Idee und wichtige Ressourcen. Bedanken will ich mich auch bei jenen Mitgliedern des Nationalen Ethikrates, die mir ihre Zeit geopfert haben. Besonderer Dank geht an meine Frau und meine Kinder, die viele Jahre lang Geduld aufbringen mussten, mit einem Menschen, der wieder einmal an seiner „Habil.“ sitzen will.

Kontingenz und Ambivalenz

Der bioethische Diskurs zur Stammzellenforschung

Stark, C.

2014, XIV, 229 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03200-5